



Abschaltung der Atomkraftwerke: Stromversorgung in Deutschland bleibt sicher - Große Herausforderungen bei Rückbau und Endlagerung

Abschaltung der Atomkraftwerke: Stromversorgung in Deutschland bleibt sicher - Große Herausforderungen bei Rückbau und Endlagerung
Energieexperten des DIW Berlin sprechen sich für öffentlich-rechtlichen Atomfonds aus - Rückstellungen der Kraftwerksbetreiber für Rückbau und Entsorgung des Atommülls werden nicht ausreichen
Auch wenn Ende des Jahres 2022 das letzte Atomkraftwerk in Deutschland vom Netz gegangen ist, werden die Lichter hierzulande nicht ausgehen: Die Stromversorgung bleibt sicher, wie Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) belegen. "In Deutschland wird bereits heute sehr viel mehr Strom produziert als wir verbrauchen", erklärt Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin. "Die bevorstehende Abschaltung des Atomkraftwerks in Grafenrheinfeld wird daran nur wenig ändern. Auch im Jahr 2025 werden wir noch genügend Strom haben und diesen teilweise sogar ins Ausland liefern." Umso größere Herausforderungen stehen den Energieexperten Claudia Kemfert, Christian von Hirschhausen und Cornelia Ziehm zufolge bevor, was den Rückbau der Atomkraftwerke und die Entsorgung des hochradioaktiven Atommülls betrifft: Die von den Atomkraftwerksbetreibern bisher zurückgestellten rund 38 Milliarden Euro dürften für diese Aufgabe nicht ausreichen. Weil die Rückstellungen bei Insolvenzen zudem nicht geschützt wären und die Energiekonzerne sich ihrer Verantwortung durch Konzernumstrukturierungen entziehen könnten, schlagen die Studienautoren einen öffentlich-rechtlichen Fonds vor. In diesen könnten die Rückstellungen für Rückbau und Endlagerung überführt werden. Für die zu erwartenden Mehrkosten sollte der Gesetzgeber eine Nachschusspflicht vorsehen.
Abschaltung des Atomkraftwerks in Grafenrheinfeld fällt kaum ins Gewicht
Wenn das Atomkraftwerk im bayerischen Grafenrheinfeld im Juni 2015 vom Netz geht, werden die energiewirtschaftlichen Konsequenzen gering sein. Den Großteil der insgesamt zehn Terawattstunden Strom, die das Atomkraftwerk bisher pro Jahr erzeugt hat, kompensieren Stein- und Braunkohlekraftwerke sowie Erdgaskraftwerke in Deutschland. Auch nach 2022 wird das Stromangebot ausreichend sein, lediglich in Spitzenlaststunden ist Deutschland dann wohl auf Stromimporte aus seinen Nachbarländern angewiesen. Die Simulationsrechnungen des DIW Berlin zeigen nur einen leichten Strompreisanstieg.
Hinsichtlich des Rückbaus abgeschalteter Atomkraftwerke und der Endlagerung des Atommülls stehen die wahren Herausforderungen der DIW-Studie zufolge noch bevor: Ein Endlager, in dem die hochradioaktiven Brennstäbe über Jahrtausende sicher gelagert werden könnten, ist bislang nicht in Sicht. Laut aktueller Planung soll der finale Standort frühestens im Jahr 2031 feststehen. Die bisher wenig belastbaren Schätzungen der Kosten für Rückbau und Endlagerung gehen von mindestens 50 bis 70 Milliarden Euro aus. Demzufolge dürften die Rückstellungen der Kraftwerksbetreiber in Höhe von derzeit 38 Milliarden Euro bei weitem nicht ausreichen.
Rückstellungen der Atomkonzerne sind mit zahlreichen Risiken behaftet
Hinzu kommt: Die Betreibergesellschaften der Atomkraftwerke leiten die - laut Atomgesetz pflichtgemäß - gebildeten Rückstellungen regelmäßig an ihre jeweiligen Muttergesellschaften weiter. So ergibt sich für die Energiekonzerne eine vergleichsweise günstige Finanzierungsquelle. Fraglich ist dabei, auch aufgrund der Umwälzungen auf dem Energiemarkt und der sinkenden Profitabilität einiger Energieversorger, welchen Wert die Rückstellungen in einigen Jahren überhaupt noch haben werden. "Angesichts dieser großen Risiken sollten die Rückstellungen der Atomkonzerne zeitnah in einen öffentlich-rechtlichen Fonds überführt werden", sagt Energieexperte Christian von Hirschhausen. Hinsichtlich des schon heute absehbaren Mehrbedarfs sollten die Energiekonzerne nach Ansicht der Energieexperten des DIW Berlin zusätzlich verpflichtet werden, die Differenz zu den bereits vorhandenen Rückstellungen auszugleichen.
Pressestelle
Sylvie Ahrens-Urbaneck
Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Telefon: +49-30-897 89-252, -249, -250 oder -244
Telefax: +49-30-897 89-200
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-162-105-2159
presse@diw.de
www.diw.de
facebook.com/diw.de
twitter.com/DIW_Berlin


Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.